Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 204. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 3. Mai 1861.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Krakau, 1. Mai. Der „Czas" theilt mit, daß der Präsident des Apellgerichts, Wieczorkowski, den Untersuchungsbericht in Betreff der in Modlin gefangen Gehaltenen erstattet habe. Nach dem Berichte waren Anklagepunkte nicht aufzufinden. Die Gefangenen stimmten in ihren Aussagen dahin überein, daß sie am 8. März nach dem Feuern vor's Schloß geeilt, um den Verwundeten beizustehen. Glaubwürdige Gegenzeugen seien nicht vorhanden. — Der „Czas" meldet ferner, daß in den polnischen Provinzen überall Trauergottesdienste veranstaltet wurden, und daß die Regierung für die Provinzen dieselben strengen Verordnungen, wie für Warschau erlassen habe. Ein neuester Erlaß der Regierung verbietet dem Volke das Hinausgehen aus der Kirche in großen Haufen.

Wien, 2. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde das Staatsministerium in Betreff der Beschickung des Reichsraths durch die Ungarn interpellirt. Die Beantwortung der Interpellation ist vorbehalten worden; ferner wurde eine Adresse an den Kaiser beantragt.

Im Oberhause ist beschlossen worden, eine Adresse an den Kaiser zu richten.

Kopenhagen, 2. Mai. Die „Berlingsche Zeitung" dementirt die Nachricht von der Bestellung zweier Panzerschiffe in Frankreich. — Das Wetter ist kalt und stürmisch; es hagelt und schneit.

Darmstadt, 2. Mai. Die heutige „Darmstädter Ztg." bringt die offizielle Verlobungsanzeige des Prinzen Ludwig mit der Prinzessin Alice von England.

Wien, 1. Mai. Es findet eine freiwillige, allgemeine und glänzende Erleuchtung statt. Der Kaiser durchfährt unter ungeheurem Volksjubel die Straßen.

London, 1. Mai. Nachrichten aus Washington vom 20. v. Mts. melden, daß Virginien die Union verlassen habe und daß Baltimore den nach Washington ziehenden Truppen durch Feindseligkeiten Hindernisse in den Weg stelle. Nordcarolina hat die im Lande befindlichen Forts in Beschlag genommen. Der Präsident Lincoln erklärt in einer Proklamation die südlichen Häfen in Blokadezustand und verbietet die Ausfuhr von Provision und Waffen.

London, 2. Mai. Bei dem Bankette, daß der Lordmayor dem Lord Derby zu Ehren der conservativen Partei gegeben, erklärte Derby in seiner Rede, daß er das jetzige Ministerium nicht stürzen wolle.

Marseille, 1. Mai. Mit der Levantepost aus Konstantinopel eingetroffene Nachrichten vom 24. v. Mts. melden, daß zu Yeni Bazar eine Concentration der Türken gegen Montenegro und Serbien statthabe. Das türkische und das englische Geschwader würden zusammen agiren. Das Arsenal von Corfu versorge die türkischen Schiffe mit Kriegsvorräthen.

Paris, 1. Mai. Die Truppen von San Domingo haben der Königin von Spanien den Eid der Treue geleistet und sind in die spanische Armee einverleibt. Santanna wird zum Senator von Spanien und zum General-Gouverneur ernannt. Geffrard, der Führer der Bewegung gegen das Kaiserthum Soulouque's, hat Protest dagegen eingelegt und erklärt: er erachte sich jeder Verpflichtung gegen Satanna ledig und sei bereit, demgemäß zu handeln.

Paris, 1. Mai. Auf zwei der sporadischen Inseln haben Kundgebungen zu Gunsten einer Annexation an das Königreich Griechenland stattgefunden.

Paris, 2. Mai. Der heutige „Moniteur" meldet, daß der Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Belgien gestern unterzeichnet worden sei.

Ein Telegramm aus Serajewo vom gestrigen Tage meldet, daß die im Aufstande befindlichen Christen autonome Behörden verlangen, und daß Omer Pascha Ueberbringer von Vorschlägen sei, welche die Gesandten für ehrenhaft erklärt hätten.

Preußen.

Landtag.

K. C. **22. Sitzung des Herrenhauses am 2. Mai.**

Präs. Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Die Bänke des Hauses sind stark besetzt. Am Ministertische: v. d. Heydt, Frhr. v. Patow, Regierungs-Commissar Geh. Reg.-Rath Meinecke. — Die Tribünen sind gefüllt.

Zu Anfang der Sitzung werden 7 neue Mitglieder vereidigt. — Die Abstimmung über das Amendement des Grafen Itzenplitz zur Novelle der Gewerbeordnung wird bis zum Eingang des neuen Drucks, der wegen einer Differenz mit den stenographischen Berichten nothwendig geworden, vertagt.

Die Grundsteuerdebatte beginnt. Die Comm.-Anträge sind bekannt. Zum ersten Gesetzentwurf liegt eine Anzahl von Amendements vom Grafen Rittberg vor: Die neue Grundsteuer soll vom 1. Januar 1865 an erhoben, die bisher Bevorzugten sollen von da ab herangezogen werden; die Kosten werden von der Staatskasse vorgeschossen, aber je von den westlichen und von den östlichen Provinzen für sich getragen; die provisorische Untervertheilung durch königl. Verordnung (§ 7) soll — wenn auch anders, als Regierung und Abgeordneten-Haus wollen — wieder eintreten u. s. w. In der Sitzung zieht Graf Rittberg diese Amendements zurück, zu Gunsten der gleichlautenden Amendements, zu denen sich Camphausen, Fürst Hohenlohe-Oehringen, Hasselbach, Herzog von Ratibor, Itzenplitz u. a. Mitglieder des Centrums und der Linken vereinigt haben.

Dr. v. Zander gegen die Comm.: Bei dieser Frage komme die rechtliche, politische und finanzielle Seite in Betracht. Von diesen drei Gesichtspunkten gehe er aus. Die Bedingungen, unter welchen gegenwärtig die Vorlage eingebracht worden, würden künftig nicht so günstig sein; es sei aber entschieden zu wünschen, daß die Regierung die Mehreinnahme von 2 Mill. Thlr., die sie vom Jahre 1865 von den Vorlagen erwarte, erziele, da das dringende Bedürfniß dafür vorhanden, und die geforderten Opfer nicht so bedeutend seien. Die Ausdauer der Regierung mache übrigens eine Erledigung der Grundsteuerregulirung in diesem Jahre zur Nothwendigkeit. In Hinblick auf den bekannten Zweck, für welchen die Grundsteuerregulirung verlangt worden, werde wohl Niemand Bedenken tragen, Opfer zu bringen.

Fürst Reuß: Er bekämpfe das Princip der Grundsteuerausgleichung im Allgemeinen, weil er darin den Zweck sähe, die Grundsteuer zum Hauptobjekt der Steuergesetzgebung zu machen. Die Erwerbung von Grundbesitz werde dadurch unmöglich. Der Credit der Grundbesitzer, ja ihre Revenüen, ihre Güter selbst würden dadurch bedroht. Die Gefahr jeder neuen auferlegten Grundsteuer bestehe darin, daß derjenige besteuert werde, dem das zu besteuernde Objekt gar nicht gehöre. Die Güter würden zur Zeit der Noth zum Konkurs und in die Hände der Hypothekengläubiger gelangen, die sie dann vielleicht für die Hälfte des Werthes erstehen könnten. Der Stand des Grundbesitzers werde nicht zu seinem Vortheile verändert werden; an seine Stelle würde der Kapitalist treten.

Fürst Hohenzollern, v. Bernuth, Graf Pückler und v. Auerswald nehmen am Ministertische Platz.

Graf Itzenplitz: In politischen Dingen gebe es keine unbedingte Wahrheiten; eine Maßregel, die vor 3 Jahren unpraktisch und schädlich gewesen, könne heute praktisch, nützlich und nothwendig sein. Er erinnere an Robert Peel und die Kornzölle in England. Er habe im vorigen Jahre gegen die Ausgleichung gestimmt, und er halte die Gründe, welche ihn damals geleitet, noch für richtig. Im vorigen Jahre sollte die Steuer erhoben werden bis zu 8 pCt. des Reinertrages; zu welchem Resultate dies führen werde, wie die Abschätzung vor sich gehen solle, das habe man nicht gewußt. Jetzt liege die Sache anders. Das Steuerquantum sei jetzt auf 10 Millionen festgesetzt, und die Staatsregierung habe kein besonderes Interesse daran, wie dasselbe aufgebracht werde, ob von dem Reinertrage der Liegenschaften 5 oder 10 pCt. genommen würden. Die heutigen Vorlagen, das sei nicht zu leugnen, seien viel besser und wesentlich anders als die vorjährigen. Es blieben freilich zwei Bedenken übrig: daß nämlich die Abschätzung des Reinertrages durch die ganze Monarchie höchst schwierig sei, und daß neben Gerechtigkeiten noch immer viele Ungerechtigkeiten vorkommen müßten, da den Hochbesteuerten einerseits Geschenke gemacht, und andererseits die bis jetzt Niedrigbesteuerten nicht hinlänglich entschädigt würden. Doch habe man erhebliche Gründe, sich über diese Bedenken hinwegzusetzen. Nach menschlicher Wahrscheinlichkeit sei nicht anzunehmen, daß eine Ablösung der Grundsteuerrente wie in England bei uns eintreten werde, und dabei laste doch in England eine erhebliche Steuer, wenn auch keine Grundsteuer, auf den Grundstücken. Es frage sich sodann, ob Jemand dafür einstehen könne, daß die Grundsteuer-Vorlagen, wenn man sie jetzt verwerfe, später noch günstiger an das Haus zurückkommen würden? Wenn man die Lage Europas und unseres Landes ins Auge fasse, müsse man mit Nein antworten.

Die Grundsteuerfrage sei ferner stets ein Zankapfel zwischen den Provinzen gewesen, und es sei dringend wünschenswerth, daß dieser Zankapfel wegfällt. Der Staat brauche Geld. Die Armee-Organisation müsse durchgeführt werden, und wenn letztere von Anfang an keinen Zusammenhang mit der Grundsteuer hatte, so sei ein solcher doch indirect da. Das sei nun einmal nicht zu ändern. Man fasse einen patriotischen Entschluß; es handle sich darum, der Krone einen Dienst zu leisten. Das Herrenhaus habe Feinde, welche das Haus für eine Adelskammer halten, die das Haus schwächen möchten, um die Krone zu schwächen, die nichts lieber sehen möchten, als die Verwerfung der Vorlagen durch das Haus. Es gelte also, die Vorlagen anzunehmen, es sei das Interesse des Hauses, dies zu thun. (Lebhaftes Bravo.)

Graf Brühl: Das Princip der Vorlagen sei ungerecht, stehe in directem Widerspruch mit Art. 101 der Verfassung, indem sie einen Stand vorzugsweise mit Steuern belaste. Er könne den Zusammenhang mit der Armee-Reorganisation nicht einsehen, denn es sei immer noch sehr die Frage, ob das andere Haus die Mittel für die Armee in ihrer ganzen Ausdehnung bewilligen werde. Die Commission wenigstens habe bereits eine bedeutende Summe abgesetzt. — Das Bedürfniß sei überdies nicht vorhanden, die gegenwärtigen Mittel reichten zur Deckung aus. Wenn seine Freunde, die früher mit ihm gegen die Vorlage gestimmt, jetzt dafür stimmen wollten, so leite sie dasselbe ehrenhafte Motiv, das ihn zur Beschwörung der Verfassung veranlaßt: der Gehorsam gegen den König. Er leugne seine Vorliebe für das jetzt gering geschätzte absolute System nicht, welches nicht Steuer-Erhöhungen, sondern Steuer-Ermäßigungen eingeführt, nicht Deficits, sondern Ueberschüsse producirt habe. Art. 83 der um des Gehorsams willen von ihm beschworenen Verfassung lege ihm aber die Verpflichtung auf, nach seiner vollen und freien Ueberzeugung zu stimmen; deshalb müsse er gegen die Vorlagen stimmen. Das Herrenhaus habe durch Annahme des Antrags des Grafen Arnim, der leider auf dem Krankenlager sich befinde, der Regierung den richtigen Weg zur Beschaffung der Mittel für die Reorganisation dargelegt; es dürfe mit diesem Votum nicht durch Annahme der Gesetze in Widerspruch treten. Auf die auch von dem Grafen Itzenplitz vorgebrachten Befürchtungen, als werde die wahrscheinliche Folge der Ablehnung eine Umwandlung oder gar Beseitigung des Herrenhauses sein, entgegne er mit dem echt aristokratischen Wahlspruch: Fais ce que tu dois, vienne que pourra.

Oberbürgermeister Rummel: Die Regierung habe das Möglichste gethan, um die Vorlage so annehmbar als möglich für dieses Haus zu machen. Die Stimmung des Landes fordere dringend die Annahme der Vorlagen; der innige Zusammenhang mit der Reorganisation der Armee sei allgemein anerkannt. Wer die letztere wolle, müsse für die Gesetzentwürfe stimmen. Durch die Annahme derselben werde der Grundstein für die Armee-Organisation gelegt

Hr. v. Senfft-Pilsach: Die heutige Frage sei keine preußische, sondern französischen Ursprungs, wie der Liberalismus, der nach der Herrschaft strebe; doch gebe es im Lande noch preußische Herzen, und als preußisches Herz wolle er die Frage beleuchten. Er und seine Freunde — das müsse er von vornherein gegen den Vorwurf eines städtischen Mitgliedes sagen — hätten nie vorzugsweise das Recht der östlichen Rittergutsbesitzer wahrgenommen. Sein väterliches Vermögen habe aus zwei westfälischen Rittergütern bestanden, wären also mit der hohen napoleonischen Grundsteuer belastet gewesen, und er selber ziehe seine bescheidenen Einkünfte hauptsächlich aus Schlesien, aus einer Provinz, die notorisch die höchste Grundsteuer zahle. Er habe nie für sein eigenes Interesse gesprochen, aber stets für das der Landgemeinden und der Armuth. — Seine Vorwürfe seien nicht gegen Hrn. v. Patow allein gerichtet, da auch die Herren v. Auerswald und Graf v. Schwerin die Vorlagen mit verschulden. — Es gebe viel städtisches Kämmereivermögen, welches steuerfrei sei; das Kapital werde nicht im Verhältniß des Grundbesitzes herangezogen. Nach den Vorlagen würden die kleineren Städte gegen die größeren benachtheiligt werden, auch die Bauern würden in eine schlimmere Lage gerathen. Endlich sei der verschuldete Grundbesitz am schlimmsten daran; der Grund-Besitzer solle für das Vermögen des reichen Kapitalisten Steuer zahlen. Es gebe Grundbesitzer, die 20% schuldig seien von ihrem Besitz; die wären sofort ruinirt bei Einführung der neuen Gesetze. Wer keine Champagnersteuer zahlen wolle, der brauche keinen Champagner zu trinken; so sei es mit vielen Steuern, denen man sich entziehen könne; die neue Steuer aber laste wie ein eisernes Joch auf den Grundbesitzern. Berlin werde nach Verhältniß nur schwach herangezogen. Lassen Sie nur einen Kanonenschuß am Rhein fallen, wo bleiben da die berliner Miether. Und wo sollen die berliner Hausbesitzer, die mit 139 Mill. Thaler Schulden belastet seien, die Haussteuer hernehmen? Die Stadt Berlin werde im Vergleich zu dem Servis, der abgenommen wird, künftig mehr zahlen 250,000 Thlr., also eine wahre Lumperei"; dagegen ziehe Berlin als Rückerstattung aus der Staatskasse von der Mahl- und Schlachtsteuer 668,658 Thlr. Das sei doch ein eigenthümliches Verhältniß. Dem platten Lande, dem Bauer werde das Härteste aufgebürdet. Man spreche immer vom dummen Bauer; der Bauer sei aber klüger, als mancher in den Städten (Heiterkeit); was werde der Bauer sagen, wenn er die Bevorzugung der Städte sehe? Und wenn man ihm erzählte, daß dies Alles für die Armee geschehe, so würde er das sehr eigenthümlich finden, da doch Niemand für die Armee mehr leiste, als das Landvolk. Der Bauer habe ein gutes Gedächtniß, und werde sich der früheren Zeiten erinnern, wo er mit Aufopferung von Gut und Blut, dem Rufe des Königs folgend, Napoleon aus dem Lande jagte, und jetzt wolle man ihm eine napoleonische Steuer auferlegen? Das sei doch merkwürdig. Er beklage es, daß nicht die größten Gärten, namentlich in Schlesien beseitigt würden, da dort Steuer von Objekten gezahlt würde, welche die Grundbesitzer gar nicht mehr inne hätten. Das Gesetz werde in Schlesien das eigenthümliche Resultat haben, daß die Last den großen Grundbesitzern abgenommen und den Bauern aufgelegt würde.

Er für seine Person wolle nichts vom Bauer geschenkt haben, er überlasse es den Gegnern. Nach dem Projekt der Regierung stehe es fest, daß die westlichen Provinzen in der Steuer erhöht werden würden, und der Minister irre sich, wenn er glaube, daß dieser Mehrbetrag nur wenig sein werde. Das sei eine interessante Antwort auf die 46jährige Beschwerde wegen Ueberlastung. Wären hier mehr große Grundbesitzer vom Rhein, so würde man Eigenthümliches hören; man sehe aber hier meist städtische Vertreter vom Rhein. — Man sei keine Stunde sicher vor einem europäischen Krieg; sei es da gut, das Land in Aufruhr zu bringen, wegen einer zukünftigen Steuer, und von Stund an den Werth des Grund und Bodens um viele Prozente herunterzubringen? — Man weise auf die Armee hin, — das sei auch in der Thronrede geschehen. Werde das aber den Geist und Sinn der Armee günstig berühren, wenn die Soldaten sehen, daß ihre Väter und Brüder so hart belastet werden? Er resumire seine Ausstellungen dahin: die Steuerkraft des Landes werde nicht gleichmäßig angegriffen; die größten Steuerfreiheiten und das Kapital bleiben intact, und die großen Städte würden zu gering herangezogen.

Er erkenne gern an, daß der Finanzminister eine schwere Aufgabe habe, und er wolle billig sein, wenn er sich dessen erinnere, was Herr v. Patow am 6. Febr. 1857 in dem Abgg.-Hause gegen die dreijährige Dienstzeit gesagt. Herr v. Patow habe damals gemeint, man müsse Ersparnisse machen. Das sei freilich echt preußisch; aber was sehe man seit drei Jahren? Luxus-Bauten, Vermehrung der Beamten, große Eisenbahn-Anleihen. Vor einigen Tagen erst seien 20 Mill. bewilligt worden, u. A. für Pommern, dem er es gönne; aber habe man sich einige tausend Jahre ohne Eisenbahnen beholfen, so hätte man es noch ein paar Jahre thun können (Heiterkeit). Er sehe hier mit Bedauern leere Stühle und beklage es, daß Männer, die verfassungsmäßig hier sitzen müßten, nicht rechtzeitig eingerufen, also, gegen die Verfassung, nicht hier seien, was um so auffallender sei, als wir erst kürzlich mit einer Anzahl neuer Mitglieder beschenkt worden und, wie es heiße, nächstens wieder beschenkt werden sollen (Heiterkeit). — Seit 10 Jahren sei die Grundsteuer das cheval de bataille der Opposition gewesen, deren Führer die vorhin genannten drei Mitglieder waren, und man könne nun nicht verlangen, daß diese Herren, nachdem sie von ihrer Partei auf die Ministerstühle gehoben, plötzlich das Prinzip fahren lassen sollen. Die Rechte dieses Hauses habe stets mehr, wie jede andere Partei, große Opfer gebracht und sei zu neuen Opfern bereit, was sie durch Annahme des Arnim'schen Antrages bewiesen; er würde sich freuen, wenn die andere Seite sie überträfe. Er sei immer der Krone treu; was aber die jetzigen Gesetzesvorlagen beträfe, so halte er es für seine Pflicht, auch wenn er ganz allein stehen sollte, sie zu verwerfen (Bravo).

Finanzminister: Die Behauptung des Vorredners, die Abwesenheit gewisser Mitglieder sei gegen die Verfassung; das sei unrichtig; die Krone könne die Repräsentanten gewisser Verbände, denen das desfallsige Recht zusteht, berufen, sei aber darin an keine Frist gebunden; von einer Verfassungswidrigkeit sei daher nicht die Rede, wenn sie die Einberufung schon gewählter und bestätigter Mitglieder noch nicht veranlaßt habe.

Herr Camphausen (Köln): Im Gegensatz zu den Ansichten des Vorredners hoffe ich, daß wir durch die Vorlagen der Regierung endlich dem Ziele näher kommen werden, welches im Laufe mehrerer Jahrzehnte von allen Staatsmännern Preußens in verschiedenster Weise angestrebt ist. Bei den vielfachen Projekten, welche in dem Zeitraum seit 1810 aufgetaucht, befürwortet und wieder reponirt sind, hatten sich die Gründe pro und contra so massenhaft angehäuft, daß es Schwierigkeit findet, dieselben hier zu wiederholen; einige der vom Vorredner angeführten Bedenken dürften sich aber schon genügend durch eine einfache Beleuchtung der finanziellen Bedeutung der Grundsteuerangelegenheit erledigen. Die Regierungs-Vorlage hofft durch die Erhöhung der Grundsteuer in den alten Provinzen Pommern, Preußen, Brandenburg und Posen eine Mehreinnahme von 2,200,000 Thaler zu erzielen, indem sie die Steuerlast derselben den Provinzen Sachsen, Schlesien, Westfalen und Rheinland gleichstellt. In den letzteren Landestheilen bestand die Grundsteuer in ihrer jetzigen Gestalt und Höhe schon 1810: die Staatskasse hat in diesem Zeitraume zu Gunsten der nicht hinreichend besteuerten Grundbesitzer Pommers, Preußens, Brandenburgs und Posens eine Einbuße von nicht weniger als 82 Mill. Thlr. erlitten, hat diesen Ausfall durch allerhand neue Steuern decken müssen, und den hochbesteuerten Provinzen zu ihrer übermäßigen Last noch eine neue hinzugefügt.

Schon dieser Verlust, welcher dem Staate durch die 40jährige Hinausschiebung der Grundsteuer-Regulirung erwachsen, charakterisirt die vorliegende Frage als eine reine Finanzfrage und nicht als eine politische Parteisache. Es stehen sich im Staate zwei große Fractionen von Grundbesitzern verschiedener Provinzen gegenüber, welche nichts weiter wünschen, als gleiche Rechte und gleiche Lasten, ohne daß es irgend angebracht ist, diese beiden großen Parteien zu politischen Körperschaften zu stempeln. Die Kraft des Widerstandes gegen die Ausgleichung hat in den langen Jahren vielfach gewechselt, eben so wie die leitenden Prinzipien bei den verschiedenen Projecten oft und durchgreifend modificirt sind; man hat vorgeschlagen, daß die alten Provinzen das, was sie an Grundsteuer zu wenig zahlten, an Klassensteuer aufbringen sollten, und hat andererseits die Regulirung bis zur Aufstellung des neuen Katasters aufschieben wollen. Die im Jahre 1859 (?) nach Revision des Katasters erfolgte Erhöhung der Steuer um 33 % hat lebhafte Reclamationen der Betheiligten hervorgerufen, welche ganz übersehen haben, daß diese Maßregel nicht unvermuthet eintrat, sondern seit 1810 angekündigt war.

Mit besonderer Hartnäckigkeit hat man behauptet, der Grundbesitz sei durch die Vorlage übergebührlich belastet und ihn darin dem freien Kapital gegenübergestellt. Diese Ansicht ist nicht in der vorgetragenen Art begründet. Der Verlust, welchen das Kapital erleidet, ist sehr bedeutend, wenn er sich auch der Oeffentlichkeit entzieht; die Millionen, welche durch Coursschwankungen an ausländischem Papier und Eisenbahnactien verloren gehen, erregen allerdings selten die Theilnahme, welche der Grundbesitz für sich beansprucht, und werden weniger bekannt, weil die Kapitalisten nicht gewöhnt sind, die Regierung mit Reklamationen und Klagen zu behelligen, erreichen aber nichtsdestoweniger eine Höhe, welche die des Grundbesitzes nie erreichen werden. Die statistischen Notizen aus den Häfen Danzig, Königsberg, Stettin, weisen in den letzten 8 Jahren eine stete Zunahme der Ausfuhr an Landesprodukten nach, ein Beweis, daß die Produktion des Grund und Bodens gestiegen, und dieselbe zu erhöhter Besteuerung ohne Nachtheil befähigt sei. Die Vorlage stellt nun eine Steuererhöhung von 5% in Aussicht, während der Werth der Aecker in den letzten 40 Jahren um mindestens 20% gestiegen und noch fortwährend im Steigen begriffen ist. Der hartnäckige und energische Widerstand gegen die Regulirung ist um so mehr zu bewundern, als derselbe von einer sehr geringen Minorität im Lande ausgeht; der große oppositionelle Grundbesitz verhält sich gegen den kleinen, wie 1 : 122 und repräsentirt nur etwa ⅕ des betroffenen Territoriums; die Bedenken, welche derselbe gegen das Gesetz angeführt, müssen auch von diesem Standpunkte aus betrachtet werden, und verlieren ihren Hauptwerth, wenn man sie auf den übrigen kleinen Besitz anwendet. Ich bitte, die Regierungs-Vorlagen anzunehmen.

Frhr. v. Zedlitz-Neukirch: Man habe im andern Hause von einem Drücker gesprochen; Wind und Sonne seien leider nicht gleichmäßig zwischen den Gegnern getheilt, und er müsse manches, was er auf dem Herzen habe, verschweigen; sein ablehnendes Votum motivire er in Folgendem: Es werde eine Vertheuerung der nothdürftigsten Lebensmittel eintreten, das Proletariat ins Unabsehbare wachsen; man verletze Rechte, Assekurationen; auf die Verschiedenheiten, namentlich in Schlesien, werde keine Rücksicht genommen, da die Lasten an einzelnen Stellen den Reichen abgenommen und dem ärmeren Nachbar auferlegt würden. Die Durchführung der Steuer werde große Mißstimmung im Lande hervorrufen. Die Leute, welche nicht die Motive der Vorlagen lesen, würden fragen: Warum denn neue Steuer? „Nun, weil wir mehr Soldaten haben." Die Leute würden also sagen: „Ja, wenn wir also weniger Soldaten hätten, würden wir wohl auch weniger Steuern zahlen?" Er fürchte also, die Sympathie zu unserm herrlichen Kriegsheer könne dadurch Einbuße leiden. Preußen sei groß geworden im Donner der Schlachten; es werde nur groß bleiben und größer werden im Donner seiner gezogenen Geschütze. Es könne nicht eine Großmacht bleiben, wenn es, Gewehr bei Fuß, den tiefgehendsten politischen Entwickelungen theilnahmlos zusehe. Deshalb lehne er die Vorlagen ab, damit der Finanzminister gezwungen würde, das Geld für die Armee auf bessere Weise zu beschaffen. Die Treue gegen den irdischen König könne man nur in Verbindung mit der Treue gegen den himmlischen König üben; letztere würde er aber verletzen, wenn er ein Votum gegen seine Ueberzeugung abgäbe. (Sehr gut, Bravo.) „Ich stehe hier mit meinen Freunden und sage: Hier sind wir, wir können nicht anders, Gott helfe uns." Wenn die Regierung nicht bald ein festes Ziel faßt, und auf dem abschüssigen Wege Halt macht, dann sei es gleichgiltig, ob die Grundsteuer angenommen oder abgelehnt würde; denn mit oder ohne Grundsteuer gerathe dann das Staatsschiff auf den Grund. (Brrvo.)

Vicepräs. Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz.

Fürst W. Radziwill: Wenn er sich bei der jetzigen Abstimmung von denen trenne, mit denen er bisher zu stimmen gewöhnt war, so handle er aus Gründen, welche nicht in der Anerkennung des ministeriellen Prinzips, sondern in der Zweckmäßigkeit fußen. Lehne man die Grundsteuerregulirung ab, so bleibe die innig damit verbundene Armeereform in der Schwebe, und so lebhaft und tief er beklage, daß dies der Fall sei, so müßten gegen die Wichtigkeit der Armeereorganisation alle andern Rücksichten schwinden, und deshalb werde er Angesichts der drohenden Weltlage, welche uns gerüstet finden müsse, aus Loyalität für die Reg.-Vorlage stimmen. — Er beklage es tief, daß das Ministerium die Krone und die Armee in eine solche Verbindung mit der Grundsteuerfrage gebracht habe. (Bravo.) Sie habe damit einen moralischen Zwang auf seine Ueberzeugung ausgeübt, dessen Verantwortung

er ihr zuweise. „Meine Herren, ich stimme für die Grundsteuer." (Lebhafter Beifall.)

Hr. v. Waldow-Steinhövel: Wie die Abstimmung auch ausfallen möge, das Urtheil des Hauses über den finanziellen Werth der Maßregel stehe fest; die Abstimmung über den Arnimschen Antrag sei nicht aus der Welt zu schaffen. Er werde es nie anerkennen, daß man loyalen Unterthanen einen Theil ihres Vermögens confiscire, eine Strafe, die sonst nur auf Hochverrath stehe. Es sei keine finanzielle Maßregel, keine Maßregel des Rechts, sondern eine politische, ein Stoß der liberalen Partei gegen das Herrenhaus. Aus Patriotismus sage er Nein, um dem Throne die Liebe des Volkes zu erhalten. (Stürmisches Bravo.) Nicht eine Maßregel des Friedens sei es, sondern des Krieges, man werfe einen Feuerbrand ins Land.

Frhr. v. Diergardt: Ein halbes Jahrhundert sei verflossen, seit die Grundsteuerregulirung vom hochseligen Könige verheißen. Die westlichen Provinzen hätten das Recht gehabt, zu erwarten, daß nach Beseitigung der Fremdherrschaft die frühere mäßige preußische Steuergesetzgebung wieder eingeführt werden würde. Statt dessen sei die Erfüllung der königl. Verheißung fortwährend aufgeschoben worden. Er kenne die Stimmung seiner heimathlichen Provinz, die von dem Gefühle des Rechts durchdrungen einstimmig die Grundsteuerausgleichung fordere. Angesichts der äußern so drohenden Verhältnisse bitte er um Annahme der Vorlagen.

Hr. v. Meding: Die Lage der Dinge sei so: Die Verwerfung und Annahme der Regierungs-Vorlagen, beides sei eine Kalamität. Er halte die erstere für die geringere Kalamität, da diese nur in der Verlegenheit bestehe, welche dadurch der Regierung in einer Finanzfrage bereitet würde, eine Verlegenheit, die indeß vorübergehend wäre. Dagegen werde die Annahme dauernde und tiefgreifende Uebelstände für das Land mit sich führen. Die Verlegenheit, welche für die Armeereorganisation durch Verwerfung entstände, glaube er nicht, da doch die Geldmittel nicht augenblicklich beschafft würden. Man habe angeführt, daß nach dem Prinzip der Gerechtigkeit die Ausgleichung der Grundsteuer stattfinden müsse; dagegen bemerke er, daß in den östlichen Provinzen seit 100 Jahren kein Kaufvertrag abgeschlossen worden, bei dem nicht der Kapitalzins der Grundsteuer abgezogen worden. Man habe allerdings ein nicht unwichtiges Motiv für die Annahme angeführt, daß nämlich durch Annahme der Regierungs-Vorlage der Zankapfel zwischen den östlichen und westlichen Provinzen beseitigt werden würde. Das würden indeß die gegenwärtigen Vorlagen nicht bewirken. Sie würden Gelegenheit zu neuen Streitigkeiten geben. Er sei allerdings der Ueberzeugung, daß die Grundsteuerfrage einmal erledigt werden müsse, und zwar vornehmlich, um die diametralen Unterschiede in der östlichen und westlichen Steuer-Gesetzgebung auszugleichen. Das müsse aber in anderer Weise geschehen, namentlich durch Aenderung resp. Abschaffung der drückenden Cataster in den westlichen Provinzen. Er müsse bei der jetzigen Lage der Dinge gegen die Regierungs-Vorlage stimmen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Meinecke: Die diesjährigen Vorlagen verfolgen im Wesentlichen denselben Zweck, als die vorjährigen; doch ist aus mehreren Gründen ein besseres Resultat als im vorigen Jahre zu erwarten. Die Darstellung der Sachlage durch die ausführlichen Debatten wird den Standpunkt manches Mitgliedes geändert haben und Mancher wird finden, daß er sich geirrt, und sich nicht scheuen, den Irrthum zu bekennen. Viele der früheren Gegner waren durch praktische Bedenken zu dem ablehnenden Votum veranlßt; die jetzigen Abänderungen dürften jene Bedenken zu nichte machen. Die Prinzipienfrage ist hinlänglich beleuchtet, und ich kann mich darauf beschränken, kurz den Standpunkt der Regierung zu bezeichnen. Der Aufhebung der Steuerbefreiungen und Bevorzugungen hat das Haus schon im vorigen Jahre beigestimmt. Die Regierung schlägt ferner die Ausgleichung vor, damit fortan aller Grund und Boden im Lande nach einem und demselben Maßstabe besteuert wird; es ist dies die nothwendige Folge der Annahme, daß die Grundsteuer eine Steuer und nicht eine Rente sei. Wenn in Folge dessen der eine mehr belastet, der andere erleichtert wird, so kann man doch nicht, wie dies in Bezug auf Schlesien geschehen, sagen, daß dem einen die Last abgenommen und auf den andern übertragen werde; es handelt sich eben nur um eine Herstellung der Gleichheit. Die Regierung schlägt ferner Erhöhung der Grundsteuer (um 2 bis 3 Mill.) vor, und sie motivirt das zunächst durch das Bedürfniß für das Militär. Diese Verbindung ist keine zufällige. Auch ohne Erhöhung der Grundsteuer könnte die Regierung Geld schaffen, aber es ist die Frage, ob sie es auf eine gerechtere und zweckmäßigere Weise erhalten könnte. Schon 1810 ward die Ausgleichung und Erhöhung der Grundsteuer in Aussicht gestellt, doch ward die Regulirung verschoben, trotzdem andere Steuern, wie die Gewerbesteuer, erhöht wurden. Daß in den letzteren 50 Jahren eine bedeutende Steigerung des Grundwerthes eingetreten, wird von Niemandem bezweifelt; damit motivirt sich hinlänglich die Erhöhung der Grundsteuer.

Man sagt, daß die Gebäudesteuer in Schlesien auch eine höhere Steuerlast von Grund und Boden darstelle; es ist möglich, daß in Schlesien keine wesentliche Ermäßigung eintritt, doch kommt die Gebäudesteuer den kleinen Grundbesitzern in Schlesien zu Gute. Wenn man im Interesse der Besitzlosen eine Vertheuerung der Lebensbedürfnisse befürchtet, so wäre in dieser Beziehung doch zunächst ein Aufhören des Steuerzuschlages zu wünschen, und dies steht mit den jetzigen Vorlagen in Bewirkung. Man weist auf andere Steuern hin. Die Mehrheit des Hauses hat dem Arnim'schen Antrag zugestimmt; ich kann hier aber wiederholen, daß die Regierung von ihren Bedenken gegen diesen Antrag, wofür sie in den früheren Debatten den Grund angegeben, nicht zurückgekommen ist; und ich bin überzeugt, daß der hochbegabte Antragsteller selber von seinem Projekte Abstand nehmen würde, wenn er in der Lage wäre, dasselbe in die Praxis einzuführen. Man zeigt uns ferner die Kapitalsteuer in unbestimmter Gestalt, ohne zu sagen, was man eigentlich darunter verstehe. Was todt da liegt, ist nicht zu besteuern; das übrige Kapital ist niedergelegt in Staatspapieren, zunächst in preußischen. Wollte man diese besteuern, dann würde der Cours sinken und Kapital noch mehr, als es schon der Fall ist, ins Ausland flüchten. Ferner steckt das Kapital in Hypotheken und im Gewerbe. Durch Besteuerung der Hypotheken-Zinsen würde man aber von Neuem den Grund und Boden treffen, und das Gewerbe ist eben so belastet wie der Grund und Boden. Es werden endlich die indirekten Steuern in Vorschlag gebracht. Hier setzt uns aber zunächst der Zollverein eine Schranke, und wenn wir nach Ablauf des Vertrages auch ausschieden, dann ist es doch noch immer zweifelhaft, ob Preußen bei seinen Grenzverhältnissen ein wesentliches Mehr aus den indirekten Steuern haben würde.

Gegen die allgemeine Gebäudesteuer mit 4% des Miethsertrages ist Erhebliches nicht eingewendet worden. — Der Redner giebt nun kurz die (bereits bekannten) Abweichungen der diesjährigen Vorlagen von den vorjährigen an, bittet Namens der Regierung auf das Allerentschiedenste um Ablehnung der prinzipiellen Aenderungen der Kommission, und wendet sich dann zu der politischen Seite der Frage. Man spricht von dem Druck, welchen die Regierung, das Abgeordnetenhaus und die von einer schlechten Presse irregeleitete öffentliche Meinung auf das Herrenhaus übe. Es zeugt von niedriger Gesinnung, sich durch äußern Druck von seiner Ueberzeugung abbringen zu lassen; wer eine feste Ueberzeugung hat, wird sich durch den Druck weder nach der einen noch nach der andern Seite drängen lassen. Ich finde aber nicht, daß ein solcher Druck überhaupt stattfindet, obwohl Sie es der Regierung nicht verdenken könnten, wenn sie alle verfassungsmäßigen Mittel anwendete, um ihren Vorlagen zum Siege zu verhelfen. Die Regierung hat sich aber von jedem Druck ferngehalten; wäre sie dazu geneigt gewesen, dann wäre die Abstimmung nicht so zweifelhaft, wie sie es leider in diesem Augenblicke noch ist. Was das Abgeordnetenhaus betrifft, so ist zwar der Versuch gemacht worden, die Abstimmung über ein Steuergesetz bis zur Erledigung der gegenwärtigen Vorlagen im Herrenhause auszusetzen; der bezügliche Antrag ist aber von der Regierung bekämpft und vom Hause der Abgeordneten abgelehnt worden. Was endlich die öffentliche Meinung betrifft, so glaube ich nicht, daß die Presse diejenige Meinung auf sie ausübt, welche man ihr zuschreibt. Ich frage Sie, ob Sie glauben, daß ein Anhänger der Kreuzzeitung sich durch das, was er in der Volkszeitung liest (ich meine die Volkszeitung und nicht das Volksblatt), von seiner Meinung abspänstig machen läßt, und umgekehrt? Die Leser der Kreuzzeitung weisen die Ansichten der Volkszeitung zurück und umgekehrt; die Presse spiegelt die öffentliche Meinung ab, macht sie abernicht. Das Ministerium Brandenburg, das Ministerium Manteuffel hat auf das Entschiedenste die Grundsteuerausgleichung befürwortet; das andere Haus hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die öffentliche Meinung ist gleicher Ansicht, und das sollte hinreichen, Sie zum nochmaligen Ueberlegen zu ermahnen. Wenn Sie eine Autorität anerkennen, so habe in dieser Angelegenheit die Staatsregierung und das Abgeordnetenhaus den ersten Anspruch darauf, von Ihnen als solche betrachtet zu werden.

Herr v. Düesberg (bei der Unruhe des Hauses sehr unverständlich) für die Reg.-Vorlagen: Die Grundsteuer sei die älteste Steuer und ein unerläßliches Glied jedes Steuersystems; die Regierung verlange nur eine unbedeutende Erhöhung der Grundsteuer; die Besteuerung derjenigen Unterthanen, die nicht Grundbesitzer sind, seien weit größer; die Grundsteuergesetzgebung bedürfe dringend einer Reform; die jetzigen Gesetzentwürfe hätten bedeutende Vorzüge vor den früheren.

Vicepräsident Graf Stolberg (nachdem der folgende Redner die Tribüne bestiegen): Ich bitte um Ruhe, da der vorige Redner kaum zu verstehen war.

Graf Hoverden: Er müsse bedauern, mit den Ansichten des Fürsten Radziwill nicht übereinstimmen zu können. Das vorliegende Gesetz, über welches er als Schlesier ganz unbefangen urtheilen können, habe es verstanden, die Steuer in ihrer ganzen Härte in die Hütte des ärmsten Tagelöhners zu tragen, während doch bisher nur die großen Grundbesitzer die hohen Steuern entrichtet hätten. Die Steuer in der proponirten Form sei aus den häufig und mit Recht geltend gemachten Gründen ihrer falschen und mangelhaften Auffassung wegen durchaus zu verwerfen, und wenn man die enge Verbindung der Vorlage mit der Armeereform als Motiv der Annahme angeführt habe, so sei dieser Grund so an den Haaren herbeigezogen, daß er der Berücksichtigung gar nicht werth erscheine. Er bestreite überhaupt die Nothwendigkeit der Regulirung, nach welcher im Lande so ungemeine und laut geäußerte Sehnsucht herrschen solle; die „Schreier" jedoch, welche die Reg. als Mittel zum Durchbringen der Vorlage benutze, klassifizirten sich wohl nur als Egoisten, welche aus Neid über die vermeintliche Bevorzugung anderer Lärm schlügen, und sich hierin lieber an der englischen Aristokratie ein Muster nehmen sollten; das Gesetz würde nur den Erfolg haben, zahlreiche Güter zu subhastiren, in die Hände der Geldmänner zu bringen und für die Geometer eine goldene Ernte der Vermessungen herbeizuführen. Was die Ausgleichung der Steuerverhältnisse auf sich habe, hätte Kaiser Joseph II. erfahren müssen, als er auf dem Sterbebette alle dahin abzielenden Maßregeln zurücknehmen mußte, nachdem er 120 Mill. für Vorarbeiten ausgegeben und das ganze Land in Aufregung versetzt hatte, während Friedrich II., der sich mit solchen Experimenten nicht befaßte, seinem Nachfolger einen reichgefüllten Staatsschatz hinterließ. Die preußische Verwaltung habe seit 1848 immer mit Deficits zu kämpfen gehabt, bis auf die wenigen Jahre der Amtsführung des ehrenwerthen Finanzministers v. Bodelschwingh. (Hr. v. Patow lächelt.) Das Gesetz komme ihm vor, wie ein großer Hexenkessel, in welchem alle 8 Provinzen durcheinander gerührt, und bis zur Steueruniformität abgekocht würden, ohne damit das Volk irgendwie zu beruhigen und zu befriedigen.

Prinz Hohenlohe, der während der letzten Rede wieder den Vorsitz übernommen hat, vertagt die allgemeine Discussion auf morgen 10 Uhr, und läßt noch über das Itzenplitz'sche Amendement zur Gewerbe-Ordnungs-Novelle abstimmen; dasselbe wird abermals angenommen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Im Abgeordnetenhause überreicht heute der Präsident Simson seine Vorschläge zur Abänderung der Geschäftsordnung des Hauses; die Anträge werden der um 7 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungs-Commission überwiesen. — Herr Dr. v. Niegolewski hat einen neuen Antrag eingebracht, welcher dahin geht, auf Grund des Art. 82 der Verfassung (Befugniß der Kammer zu ihrer Information Thatsachen untersuchen zu lassen) eine Commission niederzusetzen zur Untersuchung derjenigen Thatsachen, welche aus seinen beiden Interpellationen der letzten Jahre, in Betreff der Verbreitung falscher Provokationen in der Provinz Posen durch Beamte, der preuß. Polizei theils bekannt sind, theils später bekannt wurden. Der Antrag bezieht sich auf 6 Punkte und ist ausführlich motivirt, er will namentlich Auskunft darüber, ob der Minister des Innern über den Verlauf der Untersuchung genaue Berichte hat und in wie weit es gegründet ist, daß die eingeleitete Disciplinaruntersuchung nur zum Schein geführt worden. Der Präsident giebt anheim eine besondere Commission zu ernennen. Herr v. Vincke wünscht Verlesung des Antrages, um zu ergründen, wie derselbe behandelt werden muß. Der Antrag wird verlesen und das Haus beschließt, denselben an die Justizcommission zu überweisen und deren weitere Anträge über die Behandlung abzuwarten. Es wird demnächst das gestern berathene Gesetz über die Gemeinheitstheilung 2c. noch einmal als Ganzes angenommen und hierauf die gestern angedeutete Interpellation des Abg. v. Vincke, welche von 58 Genossen, an deren Spitze v. Berg, unterstützt ist und also lautet:

„Die Zeitungen bringen eine Note des k. Ministerii der ausw. Angelegenheiten vom 27. Februar d. J., in welcher die Reklamationen der englischen Regierung in der Macdonald'schen Angelegenheit in würdiger, energischer Sprache zurückgewiesen werden.

Die von Lord Palmerston in der Sitzung des engl. Hauses der Gemeinen vom 26. v. M. abgegebenen Erklärungen veranlassen den Unterzeichneten zu der Frage an das k. Staatsministerium:

1) Ist die Note vom 27. Februar authentisch?
2) Hat seitdem ein Schriftwechsel in der beregten Angelegenheit mit der englischen Regierung stattgefunden, und ist in diesem Falle das kgl. Staatsministerium bereit, die betreffenden Aktenstücke dem Hause der Abgeordneten vorzulegen?

Berlin, den 1. Mai 1861.

Der Min. des Auswärtigen: Ich werde diese Interpellation am nächsten Montag, oder, falls an diesem Tage keine Sitzung ist, in dem darauf folgenden Plenum beantworten.

(Den Sitzungsbericht bringt die nächste Nr. d. Z.)

Berlin, 2. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Stadtgerichts-Sekretair und Sportel-Revisor Bahr in Berlin den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Bergmann in Oranienburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Spandau und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Spandau, ernannt worden. (St.-A.)

[Lotterie.] Bei der am 2. Mai fortges. Ziehung der 4. Klasse 123ster königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 20,374. 2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 34,776 und 68,863.

43 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 326. 2631. 5186. 6893. 11,523. 12,391. 12,877. 13,286. 13,796. 15,624. 16,019. 16,387. 17,967. 17,793. 22,605. 25,972. 29,843. 30,299. 30,789. 31,930. 35,490. 35,974. 41,405. 42,341. 42,710. 49,018. 50,710. 51,063. 51,727. 52,241. 53,098. 64,048. 64,760. 66,070. 73,414. 73,804. 75,107. 75,798. 86,133. 87,076. 89,010. 90,386 und 90,917.

65 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 229. 1715. 3051. 10,012. 13,540. 13,604. 18,807. 19,641. 20,800. 21,010. 21,965. 23,725. 27,899. 29,152. 31,777. 31,837. 32,421. 32,639. 32,831. 33,448. 36,650. 37,358. 38,043. 39,036. 40,149. 41,805. 42,080, 42,434. 45,750. 46,062. 47,059. 48,169. 51,252. 52,645. 53,290. 56,847. 58,703. 58,733. 58,956. 60,425. 60,644. 60,698. 60,967. 61,909. 62,984. 66,573. 66,976. 68,946. 71,488. 74,761. 74,987. 75,142. 77,044. 77,052. 78,420. 80,345. 81,733. 82,754. 84,083. 85,418. 88,425. 89,530. 93,261. 93,750 und 94,123.

62 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 2827. 4109. 4908. 6219. 10,655. 10,878. 12,202. 15,879. 17,984. 20,867. 21,435. 23,507. 24,725. 25,962. 26,123. 28,668. 31,022. 31,509. 34,699. 36,044. 37,478. 39,439. 40,455. 40,900. 41,282. 42,148. 48,122, 48,240. 52,062. 53,159. 56,901. 57,667. 57,970. 58,275. 58,347. 61,288. 63,288. 63,474. 65,022. 65,323. 71,726. 72,646. 72,858. 72,912. 73,970. 77,273. 82,235. 82,535. 82,918. 83,775. 84,128. 84,263. 84,741. 86,927. 87,575. 87,813. 87,983. 88,128. 90,725. 91,036. 93,276 und 94,454.

Breslau, 2. Mai. [Wollbericht.] Es wurden im April ca. 4500 Centner Wolle aller Gattungen verkauft, zu ganz unveränderten Preisen, wie solche im März angelegt wurden, an Tuch- und Kammgarn-Fabrikanten, sowie an Wollhändler des Inlandes und des Zollverbandes. Dem Geschäft fehlt jede Spekulation, es wird nur für den augenblicklichen Bedarf gekauft.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 2. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 69, 25, fiel auf 69, 10 und schloß bei geringem Geschäft matt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 15. 4½proz. Rente 95, 90. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 493. Credit-mobilier-Aktien 702. Lomb. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

London, 2. Mai, Nachm. 3 Uhr. Börse unthätig. Silber 61¾. Consols 91⅞. 1proz. Spanier 41¾. Mexikaner 23½. Sardinier 80⅞. 5prz. Russen 101½. 4½prz. Russen 91. — Der Dampfer „Canadian" ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 2. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 5proz. Metall. 65, 25. 4½proz. Metall. 56, 25. Bank-Aktien 730. Nordbahn 204, 50. 1854er Loose 86, —. National-Anlehen 76, 50. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 281, —. Creditaktien 165, 50. London 146, —. Hamburg 109, 75. Paris 58, 20. Gold —, —. Silber —, —. Elisabethbahn 178, —. Lomb. Eisenbahn 192, —. Neue Loose 116, —. 1860er Loose 81, 25.

Frankfurt a. M., 2. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Kauflust für österr. Effekten zu besseren Coursen bei ziemlich belebtem Geschäft — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 130⅜. Wiener Wechsel 79. Darmstädter Bankaktien 183½. Darmst. Zettelbank 233½. 5proz. Metall. 43½. 4½proz. Metall. 37⅝. 1854er Loose 56¼. Oest. National-Anleihe 50½. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 224. Oesterr. Bank-Antheile 566. Oesterr. Credit-Aktien 130½. Neueste österr. Anleihe 56. Oesterr. Elisabetbahn 119. Rhein-Nahe-Bahn 21¾. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 100½.

Hamburg, 2. Mai Nachm. 2 Uhr 30 Min. Sehr feste Stimmung. Schluß-Course: National-Anleihe 51½. Oesterr. Credit-Aktien 55¾. Vereinsbank 100. Nordd. Bank 87⅛. Diskonto —. Wien —, —.

Hamburg, 2. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, ab auswärts sehr stille. Roggen loco beachteter, ab Danzig und Königsberg pr. Mai-Juli zu 76 bis 78 zu kaufen. Oel pr. Mai 24⅛, pr. Oktober 25¼. Kaffee ruhig. Zink ohne Umsatz.

Liverpool, 2. Mai. [Baumwolle.] 25,000 Ballen Umsatz. — Preise ¼ höher als am vergangenen Freitage.

Berliner Börse vom 2. Mai 1861.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 G.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	102 bz.
dito 1853	4	97⅛ bz.
dito 1859	5	106⅜ bz. u. G.
Staats-Schuld-Sch.	3½	87¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	119 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	91½ G.
dito dito	4	100¾ bz.
Pommersche	3½	88¼ G.
dito neue	4	99 G.
Posensche	4	101⅛ G.
dito	3½	95 G.
dito neue	4	90⅜ bz.
Schlesische	3½	89½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97¾ bz.
Pommersche	4	97½ bz.
Posensche	4	93¼ bz.
Preussische	4	96¾ bz.
Westf. u. Rhein.	4	96½ bz.
Sächsische	4	97¾ bz.
Schlesische	4	97 G.
Louisdor	—	109¼ B.
Goldkronen	—	9. 5 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	44 B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	59 G.
dito neue 100-fl.-L.	—	52 G.
dito Nat.-Anleihe	5	51¾ bz. u. G.
dito Bankn. n. Whr.	—	67¾ à ⅞ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	101⅜ bz.
dito 5. Anleihe	5	87¼ etw. bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	79⅜ etw. bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	85 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90¼ G.
dito à 300 Fl.	5	92½ bz. u. G.
dito à 200 Fl.	—	23 G.
Poln. Banknoten	—	86¾ à 87 bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	49 B.
Baden 35 Fl.	—	30 B.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	75 bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	19¾ bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	78 bz.
Berg.-Märkische	5⅓	4	89¾ bz.
Berlin-Anhalter	6½	4	118¾ à ½ bz.
Berlin-Hamburg.	6¾	4	113½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	9	4	139 bz.
Berlin-Stettiner	6⅙	4	111¾ à 112 bz. (i. D.)
Breslau-Freibrg.	5½	4	97 à 97¼ bz.
Cöln-Mindener	—	3½	145½ bz. u. G.
Franz. St.-Eisenb.	—	5	127½ bz. u. G.
Ludw.-Bexbach.	9	4	130 G.
Magd.-Halberst.	18⅔	4	218 bz. u. G.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	40 B.
Mainz-Ludw. A.	—	4	100½ B., 100 G.
Mecklenburger	2⅛	4	46¾ à ⅞ bz.
Münster-Hammer	4	4	93¾ G.
Neisse-Brieger	2¼	4	— — —
Niederschles.	4	4	96 bz.
N.-Schl.-Zweigb.	½	4	— — —
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	44⅜ bz. u. B.
dito Prior.	—	4½	101 G.
Oberschles. A.	7 7/15	3½	117½ à 117 bz.
Oberschles. B.	7 7/15	3½	107½ etw. bz. u. B.
dito C.	7 7/15	3½	117½ à 117 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	81½ bz.
dito Prior C.	—	4	89 G.
dito Prior D.	—	4	89 G.
dito Prior E.	—	3½	77½ G.
dito Prior F.	—	4½	96¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	½	4	33 à 33¼ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	2	4	54½ bz. u. G.
Rheinische	—	4	80 bz. u. G.
dito (St.) Pr.	—	4	91 B.
dito Prior.	—	4	86¼ bz.
dito v. St. gar.	—	3½	81½ G.
Rhein-Nahebahn	—	4	22 bz.
Ruhrort-Crefeld.	3½	3½	76½ B.
Starg.-Posener	3½	3½	83½ G.
Thüringer	6½	4	105½ bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	32¾ bz.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	73 B.
dito dito	—	5	80 B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	114 G.
Berl.-Hand.-Ges.	5¼	4	82½ B.
Berl. W.-Cred. G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	66 B.
Bremer „	5	4	99¼ bz. u. B.
Coburg. Credit-A.	—	4	44½ B.
Darmst. Zettel-B.	7⅔	4	94½ B (excl. D.)
Darmst. Credb.-A.	4	4	73 bz. u. B.
Dess. Creditb.-A.	0	4	13⅛ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	5½	4	82⅛ bz.
Genf. Creditb.-A.	0	4	26¼ bz. (excl. D.)
Geraer Bank	4	4	69¼ G.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	85⅝ G.
„ Ver. „	4 1/7	4	99¾ B.
Hannov. „	—	4	91 B.
Leipziger „	3	4	60 B. (excl. D.)
Luxembrg. „	—	4	80 G. (excl. D.)
Magd. Priv. „	3⅔	4	78½ G.
Mein.-Creditb.-A.	5	4	69⅞ B.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	16⅞ bz.
Oester. Crdtb.-A.	—	5	55½ à ¾ bz. u. B.
Pos. Prov.-Bank	5 1/15	4	82½ bz.
Preuss. B.-Anthl	5⅓	4½	123 etw. bz. u. G.
Schl. Bank-Ver.	5	4	78⅝ bz.
Thüringer Bank	2½	4	53 B.
Weimar. Bank	4	4	72¾ G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	141⅜ G.
dito	2 M.	140⅞ bz.
Hamburg	k. S.	150¼ bz.
dito	2 M.	149½ bz.
London	3 M.	6. 18½ bz.
Paris	2 M.	79⅙ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	67⅝ bz.
dito	2 M.	67⅛ bz.
Augsburg	2 M.	56. 20 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ bz.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg	3 W.	95 bz.
Warschau	8 T.	86⅜ B.
Bremen	8 T.	109⅛ bz.

Berlin, 2. Mai. Die Börse war heute in allen Effektengattungen fester und höher, die Bewegung entbehrte aber aller Stetigkeit, das Geschäft war auch, einzelne Coulissenpapiere abgerechnet, nicht von großem Umfange. Dagegen war der Kapitalsmarkt heute thätiger, und zeigte sich besonders für Eisenbahn-Prioritäten aller Art und für Pfand- und Rentenbriefe eine so lebhafte Frage, daß sie bei dem im Ganzen nur sehr schwachen Bestande, den der Markt an diesen Papieren hat, nicht befriedigt werden konnte. — Eisenbahnaktien wurden zwar hin und wieder höher bezahlt, demungeachtet waren nur für sehr wenige Aktien bedeutendere Aufträge, die Mehrzahl war eher im Angebot als begehrt. Der Geldmarkt war etwas weniger flüssig, Disconto aber nicht verändert.

Wechsel verkehrten lebhaft. Hollaud war begehrt und gewann ⅛; Banco ließ sich haben wie begeben. Für London blieb Geldnotiz, da es fehlte, auch langes zeigte sich in guter Frage. Von Paris gingen Posten um bei weiterem Begehr, kurze Sichten blieben stark offerirt. Wien gab in beiden Sichten ¼ Thlr., gegen gestern ⅛ Thlr. nach, Augsburg fand sich nicht am Markte, Frankfurt war sehr beliebt, ebenso Petersburg, das indeß nach Erhöhung um ½ Abgeber nicht vermissen ließ. Bremen erschien matt, ebenso war Warschau ⅛ billiger mehrfach angetragen. (B.- u. H.-Z.)

Breslau, 3. Mai. Wind: West. Wetter: heute Nacht bei 4° Kälte starker Frost, Früh stürmisch und Schneegestöber bei 0°. Barometer 27, der Wasserstand der Oder ist unverändert. Das Angebot blieb heute beschränkt, da Inhaber bei dem ungewöhnlich schlechten Wetter sehr zurückhielten; der Geschäftsverkehr wurde demzufolge durch hohe Forderungen beeinträchtigt.

Weizen preishaltend, gute Sorten schwach zugeführt; pro 84pfd. weißer 78—92 Sgr., gelber 76—89 Sgr.

Für Roggen war sehr gute Kauflust, und wurden mitunter höhere Preise angelegt; pro 84pfd. 61—64 Sgr., feinster 65—66 Sgr. mehrfach bezahlt.

Gerste unverändert fest, per 70pfd. weiße 48—52 Sgr., gelbe 44—47 Sgr.

Hafer sehr beschränkt angeboten, per 50pfd. schlesischer 30—33 Sgr., galizischer 27—30 Sgr.

Erbsen finden täglich mehr Beachtung.

Wicken ohne Umsatz.

Mais blieb gut gefragt. Für

Oelsaaten war sehr feste Stimmung, desgl. für Schlaglein.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	70—83—92	Wicken	40—45— 48
Gelber Weizen	68—81—89	Mais	47—50— 53
Roggen	56—61—66	Schlagleinsaat	70—80— 93
Gerste	40—47—52	Winterraps	85—95—100
Hafer	27—30—33	Winterrübsen	— —
Erbsen	50—56—62	Sommerrübsen	— —

Kleesaaten ohne angeregtere Kauflust; rothe 11—15¾ Thlr., weiße 7—19½ Thlr. Thymothee still, 9—11¼ Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—36 Sgr., pr. Metze 1¼—2½ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl: feste Stimmung pr. Ctr. loco und Frühjahr 11⅙ Thlr Herbst 11 7/12 Thlr. Br.

Spiritus: pr. 100 Quart à 80% Tralles. Loco 19⅓ Gld., Frühjahr 19⅙, Juni-Juli 19½ Thlr. Brief.

Posen, 2. Mai. Roggen: fest. Loco per d. Monat Mai-Juni 42¼—⅛ bez. und Br. Juni-Juli 43 bez. und G. Juli-August 43⅜ Br.

Spiritus: fester. Gek. 66,000 Quart. per d. Monat 18⅚ bez. und G. ⅞ Br. Juni 19⅚ bez. u. G., ¼ Br. Juli 19 11/12 bez. Br. u. G. August 19⅚ Br. ¾ G.

Hartwig Kantorowicz.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.